presse

Neuausrichtung des PEPP sichert die Versorgung psychisch Kranker

***Hilde Mattheis**, gesundheitspolitische Sprecherin;*
***Dirk Heidenblut**, zuständiger Berichterstatter:*

Die SPD-Bundestagsfraktion betont die Bedeutung der heute angekündigten Neuausrichtung der zukünftigen Finanzierung in der stationären Psychiatrie (PEPP) und ruft die Beteiligten zur Fortsetzung der konstruktiven Mitarbeit beim Umsetzungsprozess auf.

„Der heute angekündigte Fahrplan für eine Neuausrichtung des PEPP ist ein ermutigendes Signal für alle psychisch Kranken. Im Nachgang eines intensiven Dialogs mit den Betroffenen und Dank der impulsgebenden Anregungen aus den Verbänden werden wir nun für eine grundlegende Neuorientierung sorgen und damit wesentliche Kritikpunkte am PEPP aufgreifen. Die auch von uns befürchteten und vor allem die schwer psychisch kranken Patienten betreffenden Drehtüreffekte in der stationären Psychiatrie werden durch die Umstellung des PEPP von einem geplanten Preisfindungssystem zu einem Transparenzinstrument vermieden. Durch krankenhausindividuelle Budgets wird die Versorgung konsequent an den Bedarfen der Patientinnen und Patienten ausgerichtet und regionale Besonderheiten in der Versorgung werden abgebildet.

Dem ursprünglichen Auftrag für ein neues Vergütungssystem in der stationären Psychiatrie wird damit Rechnung getragen. Mit der vorgesehenen psychiatrischen Akutbehandlung im häuslichen Umfeld, dem sogenannten Home-Treatment, werden Sektorengrenzen überwunden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass in Zukunft eine verstärkt leitliniengerechte Behandlung der Patientinnen und Patienten erfolgt und letztlich eine verbindliche personelle Mindestausstattung in den psychiatrischen Häusern dieses Versorgungsziel

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18 **TELEFAX** (030) 227-569 34
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

auch abbildet. Die Psych-PV wird daher bis zum Jahr 2020 durch eine vom GBA verbindlich festgelegte Mindestpersonalverordnung ersetzt. Bis dahin soll sie zu 100 Prozent in den Kalkulationshäusern umgesetzt werden. Die Transparenz der Behandlung der Patientinnen und Patienten wird sichergestellt.

Nun wird es darauf ankommen, dass alle Beteiligten die Neuausrichtung des PEPP aktiv und konstruktiv begleiten, um den nun geplanten Umsetzungsprozess auch zum Erfolg zu führen.“